

bundes
marktverband
fischwirtschaft

 BVLH
Handelsverband
Lebensmittel

Bundesvereinigung der Deutschen
 ERNÄHRUNGS
INDUSTRIE



 dti
Deutsches
Tiefkühlinstitut

 FISCHVERBAND

 VDKL

Verband Deutscher Kühlhäuser
& Kühllogistikunternehmen e.V.



Hamburg, Berlin, Bonn den 24.06.2026

Verbandeschreiben

Versorgungssicherheit und soziale Balance nicht gefährden: Lebensmittelbereich bei weiteren Sanktionen differenziert bewerten

Im Zusammenhang mit den laufenden Beratungen zum 21. Sanktionspaket gegen Russland weisen die unterzeichnenden Verbände auf erhebliche praktische und wirtschaftliche Folgen der vorgeschlagenen Maßnahmen im Lebensmittelbereich, insbesondere für die Fischwirtschaft und ihre Wertschöpfungsketten, hin. Aus unserer Sicht bedarf es einer differenzierten Abwägung, die außenpolitische Zielsetzungen mit den Auswirkungen auf Versorgung, Verbraucher, Beschäftigung und industrielle Wertschöpfung in Deutschland zusammenführt.

Wir unterstützen den grundsätzlichen politischen Kurs der Europäischen Union gegenüber Russland. Zugleich erscheint es uns problematisch, Lebensmittel in weitere Sanktionen einzubeziehen. Dies gilt besonders dann, wenn der erwartbare Schaden für die Wirtschaft, die Verarbeitung und Versorgung in Deutschland und Europa deutlich größer ist als der tatsächliche wirtschaftliche Druck, der damit auf Russland ausgeübt werden kann. Sanktionen müssen wirksam sein, ohne unverhältnismäßige und asymmetrische Folgewirkungen zu Lasten der eigenen Bevölkerung auszulösen.

Hohes Risiko von Versorgungsengpässen und sozialer Unwucht

Die vorgeschlagenen Maßnahmen bergen ein hohes Risiko konkreter Versorgungsengpässe und Preissteigerungen bei alltäglichen Lebensmitteln. Für zentrale Bereiche der Fischverarbeitung stehen bei Umsetzung der vorgeschlagenen Maßnahmen spätestens ab dem Jahr 2027 keine ausreichenden Rohwaren zur Verfügung. Das gilt insbesondere für Alaska-Seelachs, der für die Herstellung zahlreicher verarbeiteter Produkte eine wesentliche Grundlage bildet. Werden diese Rohwaren entzogen oder nur noch über zu enge Kontingente verknappt, drohen Produktionseinschränkungen, Angebotslücken und steigender Preisdruck. Dies würde insbesondere die Versorgung mit bezahlbaren Alltagsprodukten – wie Fischstäbchen und Schlemmerfilets – sowie die ohnehin unter Kostendruck stehende Gemeinschaftsverpflegung in Kitas, Schulen und Mensen empfindlich belasten.

Die wissenschaftliche Analyse des bundeseigenen Thünen-Instituts, unterstreicht die kritische Asymmetrie dieser Maßnahme: Da Meeresfisch ein global gehandeltes und leicht verschiffbares Gut ist, wird der sanktionierte Rohstoff ohne nennenswerte Einbußen für die russische Kriegskasse in andere Märkte umgeleitet. Auf der Gegenseite verliert die europäische Industrie eine wichtige Rohwarenbasis, da alternative Bezugsquellen diese enormen Mengen kurz- und mittelfristig nicht kompensieren können.

Kritische zeitliche Abfolge und drohende Lebensmittelvernichtung

Die zeitliche Abfolge einer möglichen Anwendung ist aus unserer Sicht kritisch. Ohne tragfähige Übergangsfristen oder praxistaugliche Ausnahmeregelungen droht, dass bereits disponierte, vertraglich gebundene oder auf dem Transport befindliche Rohwaren an den Grenzen nicht mehr in die Verarbeitung gelangen. Dies könnte dazu führen, dass Lebensmittel faktisch entwertet oder sogar vernichtet werden müssten. Ein solcher Effekt wäre in Zeiten von Inflation und Nachhaltigkeitsdebatten wirtschaftlich, ökologisch und politisch gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern nicht vermittelbar.

Dauerhafte Strukturverluste für den Wirtschaftsstandort

Die Auswirkungen der vorgeschlagenen Maßnahmen auf die Fischwirtschaft und die angrenzenden Bereiche der Wertschöpfungskette wären erheblich und nachhaltig. Betroffen wären keineswegs allein die unmittelbar verarbeitenden

Betriebe, sondern die gesamte vor- und nachgelagerte Kette: von spezialisierten Logistikunternehmen und Tiefkühlslagern über den Handel bis hin zur Systemgastronomie und Gemeinschaftsverpflegung. Fällt eine so zentrale Rohwarenbasis weg oder wird sie dauerhaft verknappt, geraten eingespielte, hochspezialisierte Lieferketten, Produktionsstandorte und spezialisierte Arbeitsplätze unter existenziellen Druck. Es drohen damit nicht nur kurzfristige Marktstörungen, sondern dauerhafte Strukturverluste für einen Kernbereich der industriellen Lebensmittelverarbeitung in Deutschland und Europa.

Unsere Kernforderungen an die Politik

Vor diesem Hintergrund bitten wir die politischen Entscheidungsträger, die vorgesehenen Maßnahmen im Lebensmittelbereich kritisch und auf Basis wissenschaftlicher Evidenz zu prüfen. Eine verantwortungsvolle Lösung muss die beabsichtigte außenpolitische Wirkung wahren, zugleich aber asymmetrische Eigenbelastungen, Versorgungsrisiken und dauerhafte wirtschaftliche Schäden im eigenen Land vermeiden.

Dazu gehören aus unserer Sicht insbesondere ausreichende Übergangsfristen, praktikable Ausnahmen für versorgungsrelevante Rohwaren sowie eine kritische Überprüfung von Kontingentslösungen, sofern diese den tatsächlichen Bedarfen der Verarbeitung nicht gerecht werden. Im Ergebnis muss vermieden werden, dass zusätzliche Sanktionen gerade im Lebensmittelbereich vor allem die eigene Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Europa belasten.

Für einen vertiefenden Austausch zu den Auswirkungen auf Markt, Standort, Beschäftigung, Logistik und Versorgungssicherheit stehen wir gerne zur Verfügung.